

oder sonstwo ein Stück Wald erschließen, dadurch, daß sie ein Netz von Strafsen- und Gaslaternen durch den Wald legen, auch wenn noch niemand dort wohnt¹⁶⁵⁾.“

Damit habe ich die wesentlichsten Mittel, die im Kampfe gegen Steigerung der städtischen Grundrente von Nutzen sein können, aufgezählt. Nun werden jedoch in der Regel bei der Diskussion des hier behandelten Problems zwei Fragen nicht scharf genug auseinander gehalten. Die erste und wichtigste lautet: wie können wir die zu stark wirkende „Rentenfunktion“ bei dem städtischen Boden beschränken und regulieren? Diese Frage wurde in vorstehendem zu beantworten versucht. Durchaus verschieden davon ist die andere Frage: wie können wir d. h. die Gesellschaft — Gemeinde oder Staat — Anteil nehmen an dem unverdienten Gewinne der städtischen Grundrentner? Gewöhnlich bemüht man sich in erster Linie, diese letztere Frage zu beantworten und glaubt, mit ihr auch ohne weiteres die volkswirtschaftlich ungleich wichtigere Hauptfrage beantwortet zu haben.

Allerdings kosten die Maßnahmen zur Verminderung der Grundrenten Geld, viel Geld. Gerechterweise werden zu dessen Aufbringung die am ersten herangezogen, die davon den größten Nutzen haben. Daß das heute in nicht genügendem Umfange geschieht, darin haben wir ja, wie in der Einleitung näher ausgeführt wurde, die Hauptursache für den großen Erfolg der Bodenreformbewegung zu erblicken.

Steuern bezahlen müssen, zum Vorteile der Grundbesitzer mit der Wirkung, daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, höhere Bodenpreise und höhere Mieten zu erlangen eben von denselben Steuerzahlern, das ist zu stark, um ruhig ertragen werden zu können. Vorausgesetzt, daß nicht etwa Sir Robert Giffel¹⁶⁶⁾ und andere hervorragende Nationalökonomten Recht haben, die meinen, daß alle lokalen Steuern in letzter Linie auf den lokalen Grundbesitz abgewälzt würden. Hält man diese Ansicht nicht für richtig